

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

04.12.2023

Inhalt

EWN

1 Nato-Daten zu Ostsee <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 04.12.2023</i>	3
2 Russland wollte an Nato-Daten in der Ostsee <i>Norddeutsche Neueste Nachrichten, 02.12.2023</i>	4
3 Nord Stream 2: Bergamt nimmt zu Vorwürfen Stellung <i>Ostsee-Zeitung - Stralsunder Zeitung, 04.12.2023</i>	5
4 Bürgermeister wollen Schacht Konrad stoppen <i>Göttinger Tageblatt, 04.12.2023</i>	6
5 Bleibt der Atommüll auf Dauer hier? <i>Schweinfurter Tagblatt, 02.12.2023</i>	7
6 Atom-Lager lange sicher? <i>Südwest Presse Ulm, 02.12.2023</i>	9
7 Champagner für Atomdeals, Spott für Deutschland <i>SPIEGEL+, 01.12.2023</i>	11
8 Stromnetzkosten könnten sinken <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 02.12.2023</i>	14
9 Strategiepapier für neue Ostsee-Kooperation <i>Norddeutsche Neueste Nachrichten, 04.12.2023</i>	15
10 LNG-Terminal wird weiterhin mit Chlor gereinigt <i>Der Prignitzer, 02.12.2023</i>	16

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 04.12.2023 | S. 1

📄 Auflage: 8.770 | Reichweite: 32.295

UMSTRITTENE KLIMASTIFTUNG

Nato-Daten zu Ostsee

Stralsunder Behörde wehrt sich gegen Kritik

Russland soll nach Erkenntnissen von MV-Landtagsabgeordneten versucht haben, über das Genehmigungsverfahren für die Erdgasleitung Nord Stream 2 an geheime Daten der Nato zur Ostsee zu gelangen. Das berichteten Parlamentarier verschiedener Fraktionen nach einer Zeugenbefragung im Untersuchungsausschuss zur Klimastiftung Mecklenburg-Vorpommern übereinstimmend. Die Klimastiftung war zu großen Teilen von Nord Stream 2 finanziert worden, weshalb auch Aspekte ihres Baus untersucht wer-

den. Befragt wurde am Freitag ein früherer Referatsleiter im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr. Der CDU-Abgeordnete Sebastian Ehlers berichtete anschließend, das Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehörde habe bei der Bundeswehr im Auftrag von Nord Stream 2 nach Koordinaten der U-Boot-Tauchgebiete der Nato in der Region gefragt. Das zuständige Bergamt Stralsund weist die Vorwürfe zurück.

📰 Norddeutsche Neueste Nachrichten | 02.12.2023 | S. 5

📄 Auflage: 5.000 | Reichweite: 16.148

👤 Iris Leithold

Russland wollte an Nato-Daten in der Ostsee

Untersuchungsausschuss: Abgeordnete des Landtags zeigen sich schockiert

Russland soll nach Erkenntnissen von MV-Landtagsabgeordneten versucht haben, über das Genehmigungsverfahren für die Erdgasleitung Nord Stream 2 an geheime Daten der Nato in der Ostsee zu gelangen. Das berichteten Parlamentarier verschiedener Fraktionen gestern nach einer Zeugenbefragung im Untersuchungsausschuss zur Klimastiftung MV übereinstimmend.

Die Klimastiftung war zu großen Teilen von Nord Stream 2 finanziert worden, weshalb auch Aspekte ihres Baus untersucht werden. Befragt wurde am Freitag ein früherer Referatsleiter im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr.

Der CDU-Abgeordnete Sebastian Ehlers berichtete anschließend, das Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehörde habe bei der Bundeswehr im Auftrag von Nord Stream 2 nach Koordinaten der U-Boot-Tauchgebiete der Nato in der Region gefragt. René Domke, der für die FDP teilnahm, berichtete dasselbe und zeigte sich verwundert, dass solche Informationen weitergegeben werden sollten: „Wohlgemerkt an einen Vorhabenträger mit Sitz in der Schweiz und im Eigentum des russischen Staatskonzerns Gazprom stehend.“ Geliefert wurden dem Vernehmen nach stark vergrößerte Daten.

Der bündnisgrüne Obmann im Untersuchungsausschuss, Hannes Damm, zeigte sich dennoch schockiert: Das Agieren des Bergamtes gegenüber dem russischen Staatskonzern Gazprom habe „die Sicherheit der Bundesrepublik und der Nato gefährdet“. FDP-Mann Domke erklärte, er habe den Eindruck, „dass man mit den Sicherheitsbelangen der Bundeswehr und der Nato mindestens naiv, wenn nicht gar bedenklich umgegangen ist“. Landesregierung und Behörden in MV müssten sich in dem Punkt weiteren unangenehmen Fragen stellen. Der AfD-Abgeordnete Michael Meister wertete den Vorgang als „plumpen und dilettantischen Versuch der Spionage“.

Die Klimastiftung war auf Beschluss des Landtags Anfang 2021 gegründet worden, um die Fertigstellung der Erdgasleitung Nord Stream 2 unter Umgehung angedrohter US-Sanktionen zu ermöglichen, was auch gelang. Der von der Opposition initiierte Sonderausschuss soll unter anderem klären, wie groß der Einfluss der russischen Geldgeber auf die damalige SPD/CDU-Landesregierung bei der Stiftungsgründung war.

Nord Stream 2, Tochterunternehmen des russischen Staatskonzerns Gazprom, war mit 20 Millionen Euro der größte Geldgeber für die Klimaschutzstiftung MV. Nord Stream 2 ging infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022 nicht in Betrieb.

 Ostsee-Zeitung - Stralsunder Zeitung | 04.12.2023 | S. 9 Auflage: 9.337 | Reichweite: 26.521 Birgitta Gyldenfeldt

Nord Stream 2: Bergamt nimmt zu Vorwürfen Stellung

Bei der Planung der Erdgasleitung soll Russland versucht haben, Informationen zu Nato-Übungsgebieten zu erlangen

Das zuständige Bergamt hat auf im Untersuchungsausschuss zur Klimastiftung MV erhobene Vorwürfe reagiert, bei der Bundeswehr im Auftrag von Nord Stream 2 nach Koordinaten der U-Boot-Tauchgebiete der Nato in der Region gefragt und so die Sicherheit gefährdet zu haben. „Es ist übliche Praxis, dass bei Genehmigungsverfahren im Bereich der Ostsee auch als militärische Flächen ausgewiesene Gebiete in die Abwägung einzubeziehen sind“, teilte die Landesbehörde am späten Freitagabend über das zuständige Wirtschaftsministerium mit. Dies gelte für die Errichtung von Windparks und deren Anbindung ans Festland genauso wie für Projekte wie Nord Stream 2. „Dabei werden die Sicherheitsanforderungen der Bundeswehr stets beachtet.“

Am Freitag war bekannt geworden, dass Russland nach Erkenntnissen von MV-Landtagsabgeordneten versucht haben soll, über das Genehmigungsverfahren für die Erdgasleitung Nord Stream 2 an geheime Daten der Nato zur Ostsee zu gelangen. Das berichteten Parlamentarier am Freitag nach einer Zeugenbefragung im Untersuchungsausschuss.

Unter anderem der CDU-Abgeordnete Sebastian Eh-

lers berichtete, das Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehörde habe bei der Bundeswehr im Auftrag von Nord Stream 2 nach Koordinaten der U-Boot-Tauchgebiete der Nato in der Region gefragt. René Domke, der für die FDP teilnahm, berichtete dasselbe und zeigte sich verwundert, dass solche Informationen weitergegeben werden sollten: „Wohlgemerkt an einen Vorhabenträger mit Sitz in der Schweiz und im Eigentum des russischen Staatskonzerns Gazprom stehend.“

Geliefert wurden dem Vernehmen nach stark vergrößerte Daten. Der bündnisgrüne Obmann im Untersuchungsausschuss, Hannes Damm, zeigte sich dennoch schockiert: Das Agieren des Bergamtes gegenüber dem russischen Staatskonzern Gazprom habe „die Sicherheit der Bundesrepublik und der Nato gefährdet“.

Die Klimastiftung war zu großen Teilen von Nord Stream 2 finanziert worden, weshalb auch Aspekte ihres Baus untersucht werden. Befragt wurde am Freitag ein früherer Referatsleiter im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr.

Bürgermeister wollen Schacht Konrad stoppen

Offener Brief richtet sich an Niedersachsens Umweltminister Meyer

Die Oberbürgermeister und Landräte von Städten und Kreisen aus Südostniedersachsen fordern die Aufgabe des geplanten Atommüllendlagers Schacht Konrad in Salzgitter. In einem am Wochenende veröffentlichten offenen Brief an Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) verlangen die Mandatsträger, dass sich das Land über eine Bundesratsinitiative für den Stopp von Konrad einsetzen soll. Das Schreiben wurde von den Oberbürgermeistern von Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie den Landräten der Kreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt und Wolfenbüttel unterzeichnet.

„Das alte Eisenerzbergwerk Schacht Konrad ist für die dauerhafte sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ungeeignet, deshalb muss das Projekt aufgegeben werden“, heißt es in dem Schreiben. Zudem seien bereits erhebliche Mengen an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen angefallen, die aufgrund ihrer Zusammensetzung dort gar nicht eingelagert werden dürften. Auch für den aus dem havarierten Bergwerk Asse zu bergenden Atommüll sei der Schacht Konrad „keine Option“.

Die Oberbürgermeister und Landräte verweisen zudem darauf, dass Niedersachsen mit Gorleben, Schacht Konrad, Asse und dem Endlager Morsleben kurz hinter der Grenze zur ehemaligen DDR wie kein anderes Bundesland von den Auswirkungen unsachgemäßer Einlagerung radioaktiver Stoffe betroffen sei. Deshalb sei es wichtig, dass sich Niedersachsen auf Bundesebene beim Umgang mit radioaktiven Abfällen für höchste Sicherheitsanforderungen nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik einsetze.

Das frühere Eisenerzbergwerk Konrad wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) gegenwärtig

zum nationalen Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle umgebaut. Es soll nach Fertigstellung bis zu 303 000 Kubikmeter Atommüll aufnehmen.

Kürzlich war bekannt geworden, dass das Endlager teurer und später fertig wird als geplant. Die Inbetriebnahme ist nun für 2029 vorgesehen. Die BGE rechnet mit Kosten in Höhe von rund 5,5 Milliarden Euro. Ursprünglich waren 4,6 Milliarden Euro eingeplant worden.

Das Umweltministerium in Hannover hatte im Jahr 2002 die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb erteilt. Seit 2007 wird Schacht Konrad zum Endlager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung umgerüstet. Der Entwurf für eine Entscheidung über den gestellten Antrag werde derzeit final bearbeitet, teilte das Ministerium am Freitag mit. „Wie von Minister Meyer zugesagt, gehen wir aktuell davon aus, dass noch dieses Jahr eine Entscheidung über den Antrag fallen wird“, sagte ein Sprecher.

Ein Bündnis, zu dem unter anderen die Naturschutzorganisationen Nabu und BUND, die Stadt Salzgitter, die Gewerkschaft IG Metall und das Landvolk gehören, moniert, dass das geplante Endlager nicht den heutigen Anforderungen von Wissenschaft und Technik entspreche. Wichtige Aspekte wie Rückholbarkeit und Langzeitsicherheit seien nicht gegeben beziehungsweise gar nicht erst beachtet worden.

Zitat-Text:

Das alte Eisenerzbergwerk Schacht Konrad ist für die dauerhafte sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ungeeignet.

Aus dem Brief der Bürgermeister und Landräte

Bleibt der Atommüll auf Dauer hier?

Wann es ein unterirdisches Endlager für den gefährlichsten Atommüll gibt, weiß niemand. Was bedeutet die Wartezeit für den strahlenden Abfall in Grafenrheinfeld?

Länger als ursprünglich geplant werden wohl die Castor-Behälter mit hochradioaktivem Material in den dezentralen Zwischenlagern lagern. Auch in Grafenrheinfeld. Die Physikerin Oda Becker fordert verstärkte wissenschaftliche Untersuchungen an den Behältern und deren Umfeld. Atomkraftkritiker aus Schweinfurt schließen sich dieser Forderung an. Sie hatten die Wissenschaftlerin zu einem Vortrag eingeladen, dem 40 Besucherinnen und Besucher folgten, darunter auch eine Delegation der BGZ (Gesellschaft für Zwischenlagerung), die die Zwischenlager betreibt.

Wie ist die Ausgangslage?

Um die hochumstrittenen Transporte von abgebrannten Brennelementen aus deutschen AKWs vorerst zu stoppen, sind nach dem Willen der Bundesregierung an den meisten AKW-Standorten Zwischenlager gebaut worden. 16 Lagerstätten gibt es in der Bundesrepublik. Eine davon steht neben dem abgeschalteten AKW in Grafenrheinfeld mit Namen BZR. Eröffnet 2006, inzwischen bestückt mit 54 Castoren. Verwahrt werden sie von der bundeseigenen Gesellschaft BGZ. Ursprünglich war die Zwischenlagerung für 40 Jahre vorgesehen. Weil aber die Suche nach einem Endlager, das erst in einigen Jahrzehnten aufnahmebereit sein dürfte, neu gestartet worden ist, werden die Behälter wohl viel länger als geplant an den Standorten verweilen. Vielleicht sogar 100 Jahre lang.

Wie schirmen Castoren die gefährliche Strahlung ab?

Die Castoren bestehen aus einer 40 Zentimeter starken Metallhülle, in die die Brennstäbe eingestellt sind. Die Schwachstelle für einen möglichen Austritt von Material und Strahlung sind die Dichtungen der Deckel. Zwei Deckel sind übereinander geschraubt, der Luftdruck dazwischen wird überwacht. Nimmt er ab, ist ein Leck zu vermuten. Ist die Dichtung des äußeren Deckels betroffen, wird er ersetzt. Ist der innere Deckel undicht, wird von außen ein sogenannter Fügedeckel zusätz-

lich montiert, um wieder zwei funktionierende Deckel zu haben, wie BGZ-Hauptabteilungsleiter Süd Jürgen Bruder erläuterte. Für alle Castor-Modelle seien Fügedeckel vorhanden. Zwar hat bislang noch nie eine Dichtung versagt, doch dieser Umstand reicht Physikerin Becker nicht aus, weil das Materialverhalten in einem Zeitraum jenseits der 40 Jahre nicht bekannt ist.

Warum soll es neue Forschungen geben?

Die Pläne und Ausrichtung des Lagerkonzepts, der Behälter und der Sicherung seien eben für jene 40 Jahre ausgelegt gewesen, sagt Becker. Was aber passiert, wenn das strahlende Material länger in den Behältern aufbewahrt wird, sei wissenschaftlich nicht untersucht. Dies müsse nun erforscht werden, um auf neuer Datenbasis eine Neubewertung des Lagerungskonzepts vornehmen zu können.

Was soll laut Becker erforscht werden?

Für die Physikerin sind die sogenannten Hüllrohre von besonderem Interesse, die die eingelagerten Brennstäbe umschließen. Ihr Zustand sei im Betrieb nicht überprüfbar. Es müsse erforscht werden, wie sich das Material über lange Jahre verhalte und was passiert, sollte es porös werden und sich dann der hochradioaktive Brennstoffabfall am Boden der Castoren sammelt. Weiterhin fordert sie neue Überlegungen zum Schutz der Zwischenlager von außen. Zwar seien die Gebäudemauern, auch in Grafenrheinfeld, verstärkt und die Zugänge erschwert worden, doch zu allem entschlossene Terroristen dürften sich davon nicht abhalten lassen, sagt Becker. Oder wenn sich kriegsgerische Parteien gegenüberstehen, wie dies 2022/23 beim ukrainischen AKW Saporischschja der Fall gewesen ist. Falsche Annahmen zur Sicherheit hätten nach einem Gerichtsurteil dazu geführt, dass das Zwischenlager Brunsbüttel seit zehn Jahren ohne gültige Genehmigung betrieben werde: „Ich warne davor, dass es nach Auslaufen von Betriebserlaubnissen ungenehmigte Zwischenlager in Deutschland gibt.“ Die Geneh-

migung für Grafenrheinfeld läuft bis 2046.

Was sind die Kernforderungen der Kritikerinnen und Kritiker?

Physikerin Becker und die Atomkraftkritiker von Bund Naturschutz und Aktionsbündnis gegen Atomanlagen sind sich einig: Neben der Erforschung, wie sich Materialien und Atommüll nach langen Jahren der Einlagerung entwickeln, brauche es auch eine Messung der Raumluft in den Lagergebäuden. Jedes Lager müsse zudem mit einer Reparatereinheit ausgestattet werden, in der im Notfall Castoren geöffnet, inspiziert und repariert werden können oder gar der Inhalt umgepackt werden kann. Solche sogenannten „heißen Zellen“ gibt es in Deutschland derzeit nicht. Baukosten: voraussichtlich in hoher zweistelliger Millionenhöhe pro Einheit.

Warum gibt es Kritik am BGZ-eigenen Forschungsprojekt?

Auch die BGZ beschäftigt ein Forschungsteam, auch um aktuelle Daten für eine geplante Verlängerung der Genehmigung für Grafenrheinfeld vorlegen zu können. Als „enttäuschend“ bezeichnet Becker das BGZ-Projekt, dessen neuesten Stand das Unternehmen erst wenige Tage vor der Schweinfurter Veranstaltung in Berlin vorgestellt hatte. Die BGZ erläutere dort wortreich, was man alles nicht erforschen wolle, so Becker. Die BGZ-Vetreter weisen darauf hin, dass es sich um ein dauerhaftes Projekt handelt, das ständig fortgeschrieben werde. Immerhin bekräftigten BGZ und Be-

cker, im Dialog bleiben zu wollen.

Wie ist die Bevölkerung bei einem massiven Störfall im Zwischenlager abgesichert?

Für eine Havarie des AKW Grafenrheinfeld, als es noch in Betrieb war, existieren Schutz- und Evakuierungspläne. Ob sie auch für das Zwischenlager gelten oder es eigene Pläne gibt, blieb in der Veranstaltung offen. Trotz Einladung hatte das Landratsamt als zuständige Katastrophenschutzbehörde niemanden zu dem Termin entsandt. Dies kritisierte ein Besucher sehr stark.

Welche Rolle spielen Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit?

Kritik gab es von Edo Günther (Bund Naturschutz), dass der AKW-Betreiber Preussen-Elektra zum alljährlichen „Kraftwerksgespräch“ nur Personen aus Kommunalpolitik, Organisationen und Medien einlade. Aber keine „kritischen Gruppen“. Er erneuerte die Forderung nach einem „Runden Tisch“ zu AKW-Rückbau und Zwischenlagerung. BGZ-Pressesprecher Stefan Mirbeth versicherte, dass man den Dialog mit der Bevölkerung suche. Man lade Besucherinnen und Besucher auf Wunsch gerne ins Zwischenlager ein. Kontaktdaten wurden vor Ort ausgetauscht.

Hinweis: Neben dem Brennelemente-Zwischenlager (BZR) gibt es in Grafenrheinfeld noch das Abfall-Zwischenlager, in dem schwach- und mittelradioaktive Stoffe aus dem laufenden Rückbau des AKWs gesammelt werden. Letzteres ist von der beschriebenen Diskussion nicht umfasst.

📰 Südwest Presse Ulm | 02.12.2023 | S. 25

📄 Auflage: 30.348 | Reichweite: 91.776

👤 Joachim Striebel

Atom-Lager lange sicher?

Kernenergie Gundremminger Bürgerinitiative fährt nach München zur Verhandlung über Brennelemente Aufbewahrung. Kritischer Blick auch auf die neue Halle.

Am 7. Dezember wird beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) in München über eine Klage von Anwohnern des Kernkraftwerks Gundremmingen verhandelt. Unterstützt vom Forum „Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik“, hatten vor Jahren einige Nachbarn gegen die Genehmigung für das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle geklagt. Das wurde abgelehnt. Jetzt soll der VGH entscheiden.

Der Protest gegen das Brennelemente-Lager hat neue Brisanz gewonnen. Denn der hochradioaktive Abfall bleibt viel länger als gedacht in Gundremmingen. Die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager ist bis 2046 befristet. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geht aber davon aus, dass frühestens 2046 und spätestens 2068 ein Standort für ein tiefengeologisches Endlager gefunden sein wird – das muss dann gebaut und über Jahrzehnte hinweg befüllt werden mit Müll aus 1900 Castoren, darunter 177 aus Gundremmingen. „Das verzögert sich bis ins nächste Jahrhundert“, meint Raimund Kamm, Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen das Zwischenlager.

Kamm will am Donnerstag zusammen mit anderen Mitgliedern und den fünf Klägern nach München fahren, wo es um 10 Uhr im Saal 1 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs um die Aufhebung der aus dem Jahr 2003 stammenden Genehmigung für das Brennelemente-Zwischenlager gehen soll. Ansatzpunkt der Kläger ist, dass sie sich in ihrer Sicherheit gefährdet sehen.

Noch 70 oder 80 Jahre

„Das, was wir in Gundremmingen haben, kann es nicht sein“, sagt Raimund Kamm. „Man braucht heute andere Stabilitäten.“ Er und die Kläger bezweifeln, dass die Zwischenlager-Halle einem Flugzeugabsturz oder einem Anschlag standhalten würde. Die Betondecke sei nur 55 Zentimeter stark, in neueren Zwischenlagern seien es 120 Zentimeter. „Wir brauchen eine wesentlich sicherere Zwischenlagerung“, meint der Vorsitzen-

de der Bürgerinitiative. Gerade auch, weil das noch 70 oder 80 Jahre dauern werde.

Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die zuständig ist für die 17 Zwischenlager in Deutschland, betont, dass das Lager sicher ist und sie sich nicht erst seit gestern mit einer verlängerten Zwischenlagerung beschäftigt. In einem als Pressemitteilung verschickten Interview verspricht die neue Vorsitzende Bettina Hesse Transparenz und eine Öffentlichkeitsbeteiligung an den Standorten, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgeht.

Geäußerten Bedenken gegen die dauerhafte Dichtigkeit der Castoren begegnet die BGZ mit einem Forschungsprogramm. Das ist Ende November bei einem Fach-Workshop vorgestellt worden. Laut Mitteilung stellte Jörn Becker, der Leiter der BGZ-Forschungsabteilung, Langzeituntersuchungen zur Sicherheit der Behälterdichtungen und Experimente zum Langzeitverhalten von Brennelementen vor. Die BGZ baut an der Technischen Universität München eine Forschungsgruppe auf, die das Alterungsverhalten von Brennelementen untersucht. Ziel sei, Grundlagen zu schaffen für die Genehmigungsverfahren für eine verlängerte Zwischenlagerung.

Für die Unterbringung von Castoren über Jahrzehnte bringt Raimund Kamm eine kühne Idee ins Spiel: Vielleicht könnte es sicherer sein, die Castoren in neu zu bauenden Zwischenlagern unterzubringen, als sie in den bestehenden Hallen bei den Kernkraftwerken zu belassen. Es könnte ja in jedem Bundesland, das Atomkraftwerke hatte, ein modernes Zwischenlager gebaut werden. „Das ist eine heikle Frage“, sagt Kamm selbst, denn es seien die Transportrisiken abzuwägen.

Neue Halle für den Rückbau

Geäußert hat sich das Forum „Gemeinsam gegen das Zwischenlager“ jetzt auch zu der jüngst von den Behörden in Gundremmingen genehmigten neuen Halle für schwach- und mittelradioaktiven Atom Müll, der

beim Rückbau des am 31. Dezember 2021 abgeschalteten Kernkraftwerks anfällt. Dort soll Material gelagert werden, bis es in den Schacht Konrad bei Salzgitter gebracht werden kann.

Wichtige Fragen seien unbeantwortet, sagt Raimund Kamm. Etwa, wie viel Radioaktivität eingelagert wer-

den darf, was die strahlenschutzrechtliche Bewertung durch das Landesamt für Umweltschutz ergeben hat, wie dick die Decken und Wände gebaut werden und wie lange das Lager benötigt werden wird. Der Landtagsabgeordnete Maximilian Deisenhofer (Grüne) will dazu eine Anfrage stellen im Bayerischen Landtag.

KERNKRAFTMESSE BEI PARIS

Champagner für Atomdeals, Spott für Deutschland

Euphorisch feiert die Kernkraftbranche auf der World Nuclear Exhibition ihre Auferstehung. Deutschland ist auch allgegenwärtig – als vermeintliches Negativbeispiel. Ein Messerundgang zwischen schweren Castorbehältern und leichtem Schaumwein.

Sichtbar bleiben. Den Anschluss nicht verlieren. Darum geht es jetzt für Markus Kind. Deswegen hat er auf der World Nuclear Exhibition einen Stand gemietet, zum ersten Mal. »Es herrscht so viel Dynamik, in so vielen Ländern entstehen neue Projekte, da wollen wir dabei sein«, sagt Kind. In so vielen Ländern, nur nicht im Atomausstiegsland Deutschland.

»Es ist paradox«, sagt Kind, »wir sind in einer Boombranche, aber am falschen Standort.« Die Rolf Kind GmbH ist spezialisiert auf massive Schmiedeteile für die Nuklearindustrie. Mit ihren Produkten werden gerade neue Atomkraftwerke in Frankreich und in Großbritannien gebaut; auch in die USA und nach Japan wird der Anti-Kontaminierungsstahl des Mittelständlers aus Lindlar im Bergischen Land geliefert. Und jetzt steht Markus Kind, 48, ein jovialer Mann mit Bürstenhaarschnitt und Karokrawatte, auf der Leitmesse für Atomtechnik und will teilhaben an der Brancheneuphorie, die durch staatliche Großprojekte in Frankreich, China und anderswo angeheizt wird. Sogar Japan fährt zwölf Jahre nach der Katastrophe von Fukushima reihenweise die Reaktoren wieder an. Es ist erst Mittag, aber an vielen der umliegenden Messestände sind die ersten Champagnerflaschen längst geleert. Die Stimmung auf der World Nuclear Exhibition (WNE) in Villepinte nahe Paris könnte kaum besser sein.

Nach schwierigen Jahren feiert die Atomindustrie mit der WNE ihre Auferstehungsmesse – geht es bei Nuklear-technik doch nie allein um wirtschaftliche, sondern immer auch um Glaubensfragen. Auf der WNE glauben alle an die Kraft des Atoms, man ist unter sich, keine deutschen Skeptiker stören. Es gibt hier alles für den mehr oder weniger gängigen Kernkraftbedarf. Eine südkoreanische Firma preist ein innovatives Reaktorkühlsystem an, ein belgisches Unternehmen zeigt Erdbebensicherung, ein chinesischer und ein französischer Konzern präsentieren niedliche Dekontami-

nierungsroboter, die aussehen wie Hunde. Die Ingenieurinnen von der ukrainischen Firma Energy Safety Group verteilen Kekse, auf die mit Glasur das berühmte Strahlenwarnzeichen gemalt ist. Der Krieg zu Hause hat ihnen den Humor nicht ausgetrieben.

Mehr als 700 Aussteller aus 76 Ländern sind da, ein Fünftel mehr als bei der vorangegangenen WNE-Auflage vor zwei Jahren. Die Branchenriesen sind natürlich vertreten, Westinghouse aus den USA, die China National Nuclear Corporation (CNNC), der französische EDF-Konzern sowieso. Einige Start-ups sind auch dabei, die sich an Kernfusion oder an sogenannten Small Modular Reactors (SMR) versuchen. Die Mini-AKW sind der aktuelle Branchenhype, obwohl gerade ein SMR-Vorhaben in den USA an mangelnder Wirtschaftlichkeit gescheitert ist. Vor allem aber zeigen sich auf der Leistungsschau mittelständische Zulieferer – immerhin 29 davon kommen aus Deutschland. »Als Deutsche«, sagt Markus Kind, »werden wir hier teilweise belächelt, teilweise bemitleidet.«

In Deutschland ist Kernenergie »ein totes Pferd«, wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) es formuliert hat. Doch auf der WNE ist Deutschland nach der Abschaltung der drei letzten Reaktoren im vergangenen Frühjahr allgegenwärtig – als Projektionsfläche für die ganze Branche. Und als Ziel von Spott.

»Mir sind SMR-Meiler sehr viel lieber als Kohlekraftwerke, vor allem dann, wenn der Ostwind weht«, lästert der französische EU-Kommissar Thierry Breton bei der überfüllten Eröffnungszereemonie der WNE. Aus Pariser Perspektive bläst der Ostwind kohlenverschmutzte Luft aus Deutschland herüber. Was Breton auf der Bühne ausspricht, dürften ziemlich viele hier denken: Der deutsche Strommix aus Kohle und erneuerbaren Energien gilt als abschreckendes Beispiel. Erst recht verstehen die versammelten Atomfans den Verzicht auf die

Meiler nicht, da besonders die deutsche Industrie mit heftig gestiegenen Energiepreisen zu kämpfen hat.

Breton schwärmt dann noch von seiner Vision, bis zum Jahr 2050 EU-weit die Leistung aus Atomkraftwerken dank Brüsseler Unterstützung um mehr als die Hälfte zu steigern, auf 150 Gigawatt. Um Kosten und Risiken – die Grundparameter schlechthin für wirtschaftliche Entscheidungen – geht es auf der Messe dagegen weniger. Atomkraft ist hier nicht Risikotechnologie, sondern Zukunftsverheißung.

Die WNE findet in Nachbarschaft jenes Geländes statt, wo 2015 mit dem Pariser Abkommen vereinbart wurde, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Acht Jahre später, zum Auftakt der Klimakonferenz in Dubai, sieht sich die CO₂-arme Atomindustrie mindestens so sehr als Klimaschützerin wie Windstromhersteller und Solarfirmen. Vor allem könnte die durch den Ukrainekrieg ausgelöste Energiekrise der Kernkraft einen ähnlichen Schub verleihen, wie es einst der Ölpreisschock der Siebzigerjahre tat – so hoffen zumindest die Akteure der Branche. Die globale Wirtschaft stellt auf Strom um. E-Autos, Rechenzentren und Wasserstoffproduktion wollen versorgt werden. Bisher macht Atomkraft höchstens zehn Prozent der Stromproduktion aus. Für Nuklearoptimisten bedeutet das: Es gibt viel Steigerungspotenzial.

»Es gibt zurzeit etwa 400 Reaktoren auf der Welt. Wir bräuchten das Doppelte oder mehr.«

Abseits des Messetrubels, in einem ruhigen Raum hinter der großen Bühne, wartet Rafael Grossi. Die ganze Welt kennt den Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), seit er mitten im umkämpften ukrainischen Kraftwerk Saporischschja vor einer Katastrophe warnte. Seinen Glauben an die Atomkraft hat diese Erfahrung nicht erschüttert. »Es gibt zurzeit etwa 400 Reaktoren auf der Welt. Wir bräuchten das Doppelte oder mehr«, sagt Grossi. »In Europa vollzieht sich gerade ein echter Umschwung. Ein Land nach dem anderen überdenkt seine energiepolitischen Entscheidungen«, sagt Grossi. »Außer eines.« Augenzwinkern. Er muss nicht aussprechen, welches Land er meint.

Angeführt wird die atomare Auferstehung von Frankreich, wo 56 Reaktoren zwei Drittel des Strombedarfs des Landes decken. Zuletzt hat sich die Regierung von Präsident Emmanuel Macron mit Deutschland in Brüssel heftige Lobbykämpfe um die Atomkraft geliefert – mit einigem Erfolg. Vergessen ist der Ärger, den Frankreich wegen seiner Atomstromabhängigkeit in den vergangenen Jahren hatte: Risse in Kühlsystemen, AKW-Ausfälle dutzendfach, Überschuldung des Staatskonzerns EDF. In Flamanville in der Normandie belaufen sich die Baukosten für das, was einmal ei-

ner der stärksten Reaktoren der Welt werden soll, auf 19 Milliarden Euro anstatt der ursprünglich angekündigten 3,3 Milliarden Euro. Dennoch baut Frankreich mindestens sechs weitere Reaktoren desselben Typs, vielleicht werden es auch 14. Die Laufzeiten bestehender Meiler sollen verlängert werden. Das alles sorgt für Hochkonjunktur in der Industrie. Jährlich werden allein in Frankreich etwa 10.000 Fachkräfte zusätzlich benötigt – weshalb auf der WNE auch eine neu gegründete »*Université des métiers du nucléaire*« anzutreffen ist.

In anderen europäischen Ländern ist die Renaissance auch in Gang. In Großbritannien, in Polen, in Tschechien, in der Slowakei. Sogar in Schweden, das schon vor Jahrzehnten ausgestiegen war. Die Niederlande und Belgien planen mindestens Laufzeitverlängerungen. »Weltweit betrachtet werden in den nächsten zehn Jahren etwa zwölf neue Atomstaaten hinzukommen«, frohlockt Grossi. Er denkt an Ghana, Kenia, Nigeria, Usbekistan oder Kasachstan. Ein Land, das viel vom AKW-Grundstoff Uran besitzt.

Trotz alledem ist der Argentinier an der IAEA-Spitze nicht zufrieden. Denn das Geld für die neuen Projekte ist meist Staatsgeld. Private Investoren sind offensichtlich noch nicht überzeugt, dass sich mit Atomstrom dauerhaft Rendite machen lässt. »Wir haben nicht so leichten Zugang zu Finanzierung wie die erneuerbaren Energien«, räumt Grossi ein.

Der Weg zurück zu Stand K011, dem Stand der Rolf Kind GmbH aus Lindlar, führt vorbei an Strahlendetektoren, schweren Castorbehältern und AKW-Modellen im Playmobil-Maßstab. Deutsche Firmen sind, das fällt auf, oft auf Tätigkeiten spezialisiert, um die auch die deutsche Atomdebatte seit Jahrzehnten kreist: Sicherheit, Entsorgung, Lagerung von radioaktivem Müll. Und wo es keinen Aufbau mehr gibt, wird eben der Rückbau zum Geschäft. Ganz in diesem Sinne hat eine auf Atomkraft spezialisierte Unternehmensberatung auf der WNE-Herrentoilette über den Urinalen ihren Slogan plakatiert: »*Don't let opportunities fly away.*« Jede Geschäftsgelegenheit will ergriffen werden.

»Schade, ich mag die Deutschen, die machen gute Arbeit. Sie hatten die besten Atomkraftwerke.«

So denkt auch Markus Kind. Der deutsche Atomausstieg sei einerseits ein Standortnachteil für seine 85 Mitarbeiter zählende Firma, erzählt er. Der Nachteil werde bisher allerdings ausgeglichen durch Neuaufträge in zweistelliger Millionenhöhe, die der Nachfrageanstieg aus dem Ausland ihm beschert. Wertarbeit aus dem Land des Atomausstiegs wird in der Branche offenbar doch noch geschätzt.

»Wir erwägen keinen Wegzug aus Deutschland«, sagt Kind. »Ich kann auch gut vertreten, für die Atomindustrie zu arbeiten. Ich habe eher ein Problem damit, dass wir so viel Braunkohle verbrennen.« Kind ist da ganz auf der Linie des lästernden EU-Kommissars Breton.

Am späten Nachmittag ist Apéro-Zeit auf der WNE. An einem tschechischen Stand gibt es Bier. Am britischen Pavillon auch, dort gern direkt aus der Flasche. Das Standardgetränk bleibt allerdings Champagner. »Das entspricht unserer Laune, die Aussichten sind gut«, sagt Patrick Chevan, und hebt sein Glas. Seine Firma, die südlich von Paris ansässig ist, liefert Rohre für AKW. »Nach Deutschland verkaufen wir jetzt natürlich nichts mehr«, sagt Chevan schulterzuckend. »Schade, ich mag die Deutschen, die machen gute Arbeit. Sie hatten die besten Atomkraftwerke.«

Ein deutscher Weltkonzern, der solche AKW einst gebaut hat, hat am anderen Ende der Messe sei-

nen Stand: Siemens Energy. Das Energiewende-Unternehmen, das ausgerechnet wegen Pannendrädern kürzlich einen Verlust von 4,6 Milliarden Euro melden musste, möchte im Atomgeschäft noch etwas Geld verdienen. Mit Automatisierungstechnik etwa oder mit Turbinen. »Es ist verrückt, was auf dieser Messe los ist«, sagt staunend ein Siemens-Energy-Manager.

Plötzlich wird es hektisch auf dem Stand. Stühle und Tische werden beiseite geräumt. Die französische Energieministerin Agnès Pannier-Runacher nähert sich. Möchte sie etwa das deutsche Unternehmen besuchen?

Möchte sie nicht. Pannier-Runacher biegt zum Nachbarstand ab und würdigt Siemens Energy keines Blickes. »Sehr bezeichnend«, seufzt der Manager, »es läuft an uns vorbei.«

Stromnetzkosten könnten sinken

Hohe Investitionen in die Einspeisenetze treiben die Preise hoch. Nun sollen die Lasten gerechter verteilt werden.

Darauf hat der Nordosten lange gewartet: Nach zähem Ringen zeichnet sich für Stromkunden im Norden ein Ende der Benachteiligung durch besonders hohe Netzentgelte ab. Die Bundesnetzagentur legte am Freitag in Berlin ein Eckpunktepapier vor, nach dem Haushalte und Unternehmen in Regionen mit einem starken Ausbau von Wind- und Solarstromanlagen entlastet werden sollen. Die dort höheren Kosten für den Netzausbau sollen künftig auf alle Stromverbraucher in Deutschland umgelegt werden. Alle Erwartungen in Mecklenburg-Vorpommern werden damit allerdings nicht erfüllt.

Nach den Worten von Energieminister Reinhard Meyer (SPD) kommt die Netzagentur nun in Teilen einer vom Land schon seit langem erhobenen Forderung nach. Regionen mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien dürften nicht weiter benachteiligt werden. „Mir geht es um eine faire Verteilung der Kosten“, betonte Meyer. Die jetzt vorgelegte Regelung könne aber nur ein erster Schritt sein. „Wir hätten uns eine höhere Entlastung gewünscht. Jetzt gilt es, das Modell der Bundesnetzagentur konkret zu bewerten und gegebenenfalls weiterzuentwickeln“, erklärte Meyer. Auch der Landesverband Erneuerbare Energien äußerte sich zurückhaltend. Zwar gehe der Vorschlag in die richtige Richtung und führe im Nordosten zu einer Entlastung bei den Stromkosten. „Der aus unserer Sicht sehr einfache Vorschlag, so wie bei Übertragungsnetzen auch die Verteilnetzentgelte bundesweit zu wälzen, wurde leider nicht aufgegriffen“, bedauerte Verbandschef Johann-Georg Jaeger. Somit sei auch nicht damit zu rechnen, dass die Netzentgelte in Windkraft-Regionen künftig günstiger als in anderen Regionen würden. „Das hätte zur Folge gehabt, dass Großstromverbraucher in Richtung der Erneuerbaren-Stromerzeugung nach MV gewandert wären“, erklärte Jaeger mit Blick auf die in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor schwach entwickelte Industrie.

Der Grünen-Landtagsabgeordnete Hannes Damm sprach von einer guten Nachricht für die Menschen in

Mecklenburg-Vorpommern. Durch die angekündigte Reform würden die Netzentgelte im Nordosten künftig voraussichtlich um drei bis vier Cent pro Kilowattstunde sinken. „Für einen typischen Haushalt mit vier Personen und einem jährlichen Stromverbrauch von 3500 Kilowattstunden bedeutet das eine Ersparnis von etwa 120 Euro - jedes Jahr“, rechnete Damm vor. Unklar ist aber, inwieweit sich diese Reduzierung auch effektiv auf die Stromrechnung niederschlägt. Nach Angaben der IHK in Schwerin haben die regionalen Netzbetreiber für 2024 bereits einen weiteren Anstieg der Netzentgelte angekündigt. Diese sind Bestandteil des Strompreises und machen nach Branchenangaben etwa 20 Prozent aus.

In Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein oder Brandenburg liegen die Netzentgelte infolge der hohen Investitionen für den Ausbau des Leitungsnetzes zur Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom deutlich höher als etwa im Süden Deutschlands. Das hatte auch dazu geführt, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Bau neuer Windparks geschwunden ist. Laut Netzagentur betragen die Entgelte in einigen Netzgebieten bis zu 15 Cent je Kilowattstunde. Es gibt auch Regionen, in denen sie unter fünf Cent liegen.

„Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und Investitionen in die Netze kommen allen zugute. Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Kosten erreichen“, sagte der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller. Die Behörde stellt ihren Vorschlag jetzt zur Diskussion.

In einem mehrstufigen Verfahren erarbeitet sie dann die endgültige Regelung. Sie soll frühestens am 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Zitat-Text:

Mir geht es dabei um eine faire Verteilung der Kosten.
Reinhard Meyer (SPD), Energieminister von MV

📰 Norddeutsche Neueste Nachrichten | 04.12.2023 | S. 5

📄 Auflage: 5.000 | Reichweite: 16.148

Strategiepapier für neue Ostsee-Kooperation

Beim EU-Ministertreffen wichtige Rolle MVs stärken

Schwerin. Mecklenburg-Vorpommern will nach den Worten von Europaministerin Bettina Martin (SPD) eine aktivere Rolle bei der Zusammenarbeit im Ostsee-Raum spielen und damit auch den Zusammenhalt stärken. „Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch für die Kooperation der Ostsee-Anrainer eine Zeitenwende bedeutet. In Reaktion darauf rücken die demokratischen Ostseeanrainer enger zusammen“, sagte Martin in Schwerin.

Zu Beginn des kommenden Jahres werde die Landesregierung ihre Ostsee-Strategie vorlegen. Die Kooperation im Ostsee-Raum werde aber auch bei der Konferenz der Europaminister der Bundesländer am 6. und 7. Dezember in Brüssel eines der bestimmenden Themen sein.

Mecklenburg-Vorpommern als „deutsches Tor zur Ostsee“ könne dabei auf über lange Jahre gewachsene Strukturen aufbauen. Dies betreffe Bereiche wie Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, zunehmend aber auch Umweltschutz und erneuerbare Energien. Dazu

gebe es regelmäßige Kontakte.

Martin erinnerte an Delegationsreisen der Landesregierung im zurückliegenden Jahr, die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (beide SPD) nach Dänemark, Finnland, Litauen, Schweden und Norwegen führten. Für April 2024 sei der nächste Baltic Sea Business Day in Rostock geplant.

Seit Langem unterhalte MV auch gute Beziehungen zu seinen polnischen Partnerregionen Pommern und Westpommern. „Unsere enge, freundschaftliche Nachbarschaft mit Polen ist uns sehr wichtig – das hat die Ministerpräsidentin bei ihrer Antrittsrede als Bundesratspräsidentin sehr deutlich hervorgehoben“, betonte Martin.

Die frühere Unterstützung von Ministerpräsidentin Schwesig für das umstrittene russisch-deutsche Pipeline-Projekt Nord Stream 2 hatte das Verhältnis zu dem östlichen Nachbarn allerdings nachhaltig belastet. *dpa*

📰 Der Prignitzer | 02.12.2023 | S. 15

📄 Auflage: 6.022 | Reichweite: 15.330

👤 Dirk Fisser

LNG-Terminal wird weiterhin mit Chlor gereinigt

Betreiber Uniper hält Einsatz des Biozids in Wilhelmshaven für alternativlos

Der umstrittene Einsatz von Biozid zur Reinigung von Deutschlands erstem LNG-Terminal vor Wilhelmshaven wird erst einmal weitergehen. Das geht aus einem bislang unveröffentlichtem Konzept von Betreiber Uniper hervor, das unserer Redaktion vorliegt. Demnach soll die „Höegh Esperanza“, auf der LNG zu Erdgas umgewandelt wird, weiter mit Chlor gereinigt werden. Das Biozid wird aus Seewasser gewonnen und anschließend in die Jade eingeleitet.

Die Behörden in Niedersachsen haben den entsprechenden dauerhaften Einsatz genehmigt. Umweltschutzorganisationen wie die Deutsche Umwelthilfe kritisieren das aber seit der Aufnahme der Produktion vor gut einem Jahr. Sie befürchten durch die Einleitung des Chlors Auswirkungen auf das nahe gelegene Ökosystem Wattenmeer.

Betreiber Uniper hat nach eigenen Angaben in den vergangenen Monaten insgesamt 22 Alternativen zur sogenannten Chlorierung der Rohre an Bord des Schiffes geprüft. Das Ergebnis: Keine andere Methode schützt das Terminal so effektiv vor Bewuchs etwa mit Muscheln oder Seepocken wie die Chlorierung. Bei anderen Methoden sei demnach der Umbauaufwand an Bord der „Esperanza“ zu hoch, der Effekt schlicht zu gering oder etwa die Einleitung von Schwermetallen in die Jade zu befürchten.

Allerdings soll nun eine Umstellung bei der Art des Chlor-Einsatzes vorangetrieben werden: Statt kontinuierlich Biozid einzusetzen, könnte auf eine sogenannte Stoß-Chlorierung umgestellt werden. Das heißt: Biozid wird nur dann durch die Rohre gespült, wenn der Bewuchsdruck durch Algen und Muscheln hoch ist, etwa in den wärmeren Monaten des Jahres.

Laut dem Uniper-Konzept könnte so die Menge des verwendeten Chlors um bis zu 50 Prozent reduziert werden. Ab Anfang 2024 soll die Stoß-Chlorierung teilweise verwendet werden. Uniper kann dabei auch auf konzerneigene Erfahrungen zurückgreifen: Der Konzern betreibt ein Steinkohlekraftwerk in Rotter-

dam, das mit Meerwasser gekühlt wird. Per Stoß-Chlorierung wird das Kühlsystem von Algen und Muscheln offenbar erfolgreich freigehalten.

Die „Esperanza“ war vor gut einem Jahr das erste LNG-Terminal, das den Betrieb vor Deutschlands Küsten aufgenommen hat. An Bord wird Flüssigerdgas umgewandelt und ins deutsche Pipeline-System eingespeist.

So soll russisches Erdgas ersetzt werden. Mittlerweile sind weitere schwimmende LNG-Terminals in Stade (Niedersachsen), Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) und Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) hinzugekommen. Auf die umstrittene Chlorierung wird auf den drei Schiffen verzichtet.

Uniper verweist darauf, dass an den Standorten der Salzgehalt des Wassers deutlich geringer ist. Zum einen sei dadurch der Bewuchsdruck geringer, zum anderen der Salzgehalt für eine Chlorgewinnung wie in Wilhelmshaven aber auch zu gering. Ohne Chlorierung an Bord der „Esperanza“, so Uniper, könnte es schlimmstenfalls zum Ausfall des Terminals kommen.

Kritiker verweisen indes auf das zweite LNG-Terminal, das kommendes Jahr vor Wilhelmshaven in Betrieb gehen soll. Die „Excelsior“ soll nach Angaben des Betreibers TES auf ein Ultraschall-Verfahren umgerüstet werden. Dies soll ausreichen, um das Schiff von Muscheln und Seepocken weitgehend frei zu halten.

Im Uniper-Konzept heißt es zu der Technologie, dass es bislang keinerlei Einsatzerfahrungen gebe. Zudem seien die Auswirkungen auf maritime Säugetiere durch den Schall unklar. Auch sei die „Esperanza“ anders gebaut als die „Excelsior“, was eine Umrüstung auf Ultraschall entsprechend komplizierter mache.

Das Konzept betont, beim Biozid-Einsatz der vergangenen Monate seien bislang alle Grenzwerte eingehalten worden. Auswirkungen auf die Umgebung seien nach vorläufigen Ergebnissen nicht zu beobachten gewesen. Vorrangiger Nachteil des Chlor-Einsatzes sei

die geringe Akzeptanz in der Bevölkerung.

Niedersachsens Umweltministerium betont, das Konzept werde von den Genehmigungsbehörden noch

geprüft. Sie hatten Uniper verpflichtet, entsprechende Vorschläge zur Biozid-Reduzierung vorzulegen. Es bleibe das Ziel, „den Chloreinsatz weiter zu minimieren“, so das Ministerium.